



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT

HANDEL &
MARKT

TECHNIK



UNTERNEHMEN

★★★ DAS WICHTIGSTE VOM TAGE AUF EINEN BLICK ★★★

STROM**42,14 €/MWh**

Epex Spot DE-LU Day Base

GAS**72,32 €/MWh**

EEX Spot THE (End of Day)

ZITAT DES TAGES

*„Gewinner der Energie-
wende ist für mich nicht
automatisch derjenige,
der besonders viel er-
neuerbare Energie pro-
duziert.“*

Sven Schulze (CDU), Sachsen-
Anhalts Regierungschef, sagte
dies im Vorfeld des Ostdeut-
schen Energieforums in Leipzig.

**WINDKRAFT
OFFSHORE**Gesetznovelle im
Parlament**WASSERSTOFF**Ammoniak-
Importterminal
nimmt erste Hürde**IT**Krisenstab nach
Cyberangriff auf
Landsbergs
Versorger
eingerrichtet

Inhalt

TOP-THEMA→ **STADTWERKE:** Öffentlicher Strom-Streit zwischen Stadtwerk und Mutter**POLITIK & RECHT**

- **WINDKRAFT OFFSHORE:** Gesetznovelle im Parlament
- **STROM:** Mitteldeutsche Ministerpräsidenten fordern billigeren Strom
- **WIRTSCHAFT:** Wieder Angriff auf Stromnetz, Bekennerbrief gibt Hinweise

HANDEL & MARKT

- **WASSERSTOFF:** Ammoniak-Importterminal nimmt erste Hürde
- **WÄRME:** NRW fördert kleine Wärmenetze mit 60 Millionen Euro
- **GAS:** USA steigern LNG-Exporte so stark wie noch nie
- **KLIMASCHUTZ:** DUH warnt vor Klimafolgen neuer Gaskraftwerke

TECHNIK

- **STROMNETZ:** Neue 110-kV-Leitung für die Glasproduktion
- **STROMSPEICHER:** Sunotec baut 441-MWh-Batteriespeicher in Stendal
- **TECHNOLOGIE:** Chinesischer Heimspeicherhersteller setzt auf Infineon-Technologie
- **STATISTIK DES TAGES:** Anzahl der Batteriespeicher in Deutschland bis 2026

UNTERNEHMEN

- **IT:** Krisenstab nach Cyberangriff auf Landsbergs Versorger eingerichtet
 - **PERSONALIE:** Kurzzeit-Chef Oswald verlässt Stadtwerke Sigmaringen
 - **PHOTOVOLTAIK:** Stadtwerke Willich versorgen Plastikproduzenten ohne Umweg
 - **RECHT:** OLG Hamm scheint Eons Fernwärme-Preise kippen zu wollen
-

MARKTBERICHTE

- **MARKTKOMMENTAR:** Energiemärkte am Freitag ohne klare Richtung
-

SERVICE

- **ENERGIEDATEN**
- **STELLENANZEIGEN**
- **REDAKTION**
- **IMPRESSUM**

★ TOP-THEMA

Öffentlicher Strom-Streit zwischen Stadtwerk und Mutter



Quelle: Jonas Rosenberger

STADTWERKE. Es knistert in der Beziehung zwischen Kommune und Versorgungstochter. In Frankfurt an der Oder tragen die Beteiligten den Streit um die künftige Stromversorgung öffentlich aus.

Stromanbieter zu wechseln, das gehört zum Alltag in der Energiewirtschaft. Wenn eine Kommune sich allerdings vom Lieferangebot ihres Tochterunternehmens abwendet, birgt das Zündstoff. Und so tragen Stadtverwaltung und Stadtwerke in Frankfurt an der Oder die Veränderung in ihrer Geschäftsbeziehung nun öffentlich aus.

Die Stadtwerke (SWFFO) in der brandenburgischen Grenzstadt hatten am 2. September über ihre Online-Kanäle verbreitet, „bestürzt“ über die Entscheidung der Kommune zu sein, sich ab Januar 2027 vom nordrhein-westfälischen Stromlieferanten Logo Energie GmbH versorgen zu lassen. Dabei handelt es sich um eine Tochter der E-Regio aus Euskirchen, an der wiederum die Rhenag Rheinische Energie AG und die Stadtverkehr Euskirchen als größte Eigner beteiligt sind.

Die SWFFO „bedauern diese Entscheidung zutiefst“, zumal die Kommune seit über 30 Jahren „nicht nur unser größter, sondern auch ein wichtiger Ankerkunde für unsere Geschäftsmodelle und unsere lokale Verpflichtung“ gewesen sei. Wie groß der Verlust ist, konnte eine Sprecherin der Stadtwerke auf Anfrage dieser Redaktion nicht sofort beantworten. Er sei „für uns ein gravierender Einschnitt“, hatte der Versorger offiziell verlautbart.

Förderung städtischer Projekte nun „neu denken“

Die SWFFO monieren weiter, dass die Stadt „in den kommenden vier Jahren nicht unerhebliche Mittel aus dem städtischen Haushalt an einen Energieanbieter in Euskirchen-Kuchenheim“ überweisen werde. Dadurch liege es nun an der Stadtverwaltung, „die langfristigen, lokalen Vorteile einer Zusammenarbeit mit ihrem städtischen Energieversorger kritisch zu hinterfragen“.

Die Kritik der Stadtwerke gipfelt in der Formulierung: „Unser Engagement in Bereichen des Sponsorings von städtischen Projekten werden wir neu denken müssen.“ Wer will, kann darin die unverhohlene Ankündigung eines Förderstopps bisheriger Unterstützungen lesen. Der Weggang des besten Kunden könne nach dieser Leseart nicht dazu führen, weiter großzügig gegenüber ihm zu bleiben.

Am 3. September sah das Rathaus in der brandenburgischen Grenzstadt sich genötigt, auf die Stellungnahme der Stadtwerke (SWFFO) zu reagieren. Darin verteidigt die Kommune ihr Vergabeverfahren. Die Stadt hält mit 51 Prozent über die Frankfurter Dienstleistungsholding GmbH die Mehrheit am Versorger. Weitere Anteilseigner sind die E.DIS AG aus Fürstenwalde an der Spree (39 Prozent) und die EWE Vertrieb GmbH aus Oldenburg (10 Prozent).

Die Kommune spricht davon, sich streng an das Wettbewerbsrecht gehalten zu haben. Ein Inhouse-Geschäft unter Ausschluss anderer Bieter sei ausgeschlossen gewesen, weil die beiden weiteren Gesellschafter der Stadtwerke eine Sperrminorität besitzen. Auf die dadurch erforderliche Ausschreibung hätten die Stadtwerke, so heißt es weiter, beim letzten Mal (2024) das einzige Gebot abgegeben und den Zuschlag erhalten.

Schlechtestes Angebot durch die Stadtwerke?

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2027 bis 31. Dezember 2030 war eine neue Ausschreibung durchzuführen. Daran beteiligten sich nach Angaben der Stadt drei Wettbewerber. „In der objektiven Bewertung kamen die Stadtwerke mit deutlichem Abstand auf Platz 3“, schreibt die Stadt. Logo Energie habe mit dem „wirtschaftlichsten Angebot“ den Zuschlag erhalten. Daneben sei „die Eignung des Bieters“ ausschlaggebend für die Vergabe gewesen. Entsprechend habe der Haupt- und Ordnungsausschuss der Stadt am 29. Juni den Vertrag mit Logo Energie bestätigt.

Noch in Unkenntnis der Replik aus dem Rathaus hatten die Stadtwerke tags zuvor das eigene Angebot als „marktgerecht, transparent und an den Beschaffungskosten orientiert“ bezeichnet. Das Angebot von Logo Energie erfülle wahrscheinlich die Kriterien eines anonymen Markttests, vielleicht auch mit „Lockvogelangeboten“. Die Stadtwerke monieren jedoch, dass ein solches Angebot die „einzigartigen Vorteile, die ein lokal verankerter Versorger“ – wie sie selbst – bieten, vernachlässige.

Der parteilose Oberbürgermeister Axel Strasser sprach in der offiziellen Stellungnahme davon, es „ausdrücklich“ zu bedauern, dass das wirtschaftlichste Angebot in diesem Fall nicht von den Stadtwerken gekommen sei. Sein Haus prüfe bereits, die Stadtwerke nach 2030 wieder stärker und rechtssicher in die Stromversorgung der städtischen Liegenschaften „einzubinden“.

Zu der Eskalation des Streits konnte es nach Darstellung der Stadtwerke-Sprecherin kommen, weil das zunächst unternehmensintern verbreitete Statement „in kürzester Zeit in die Öffentlichkeit gespielt“ worden sei. Eigentlich sollte es eine „kommunikative Hilfestellung für unsere Mitarbeitenden“ sein. Dann stellten die Stadtwerke es auch selbst online. // VON VOLKER STEPHAN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

POLITIK & RECHT



Quelle: Shutterstock / Thampapon

Gesetznovelle im Parlament

WINDKRAFT OFFSHORE. Das Bundeskabinett hat den Entwurf zur Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) beschlossen. Branchenverbände wollen im Parlament Verbesserungen durchsetzen.

Die Bundesregierung will mit der Novelle des Windenergie-auf-See-Gesetzes (WindSeeG) Investitionen absichern und die Systemkosten senken. Das Kabinett beschloss den Entwurf am 2. September und übergab ihn an den Bundestag. An den gesetzlichen Ausbauzielen von 70.000 MW Leistung auf See hält sie fest. Vorgesehen ist auf dem Weg dorthin ein verstetigter Ausbaupfad von durchschnittlich 3.000 MW pro Jahr.

Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) erklärte, die bisherigen Regeln hätten zu risikobehafteten Geboten geführt, ohne ausreichend sicherzustellen, dass bezuschlagte Projekte tatsächlich gebaut würden. Die Reform solle deshalb realistischere Auktionen ermöglichen, die Nutzung der Netzanbindungen verbessern und Fördermittel stärker an der tatsächlich erzeugten Energie ausrichten.

Zweistufige Ausschreibung kritisiert

Ein zentraler Bestandteil der Reform ist ein zweistufiges Ausschreibungsmodell. In der ersten Stufe soll geprüft werden, ob sich ein Projekt ohne staatliche Absicherung über den Markt realisieren lässt, etwa über langfristige Power Purchase Agreements (PPAs). Kommt kein Zuschlag zustande, soll in einer zweiten Stufe eine Auktion mit einem zweiseitigen Differenzvertrag (Contract for Difference, CfD) folgen.

Der Bundesverband Windenergie Offshore (BWO) lehnt dieses Modell in der vorgesehenen Form ab. BWO-Geschäftsführer Stefan Thimm fordert stattdessen ein reines CfD-Modell. Das zweistufige Verfahren könne aus Sicht des Verbands weiterhin erhebliche Markt- und Vermarktungsrisiken bei Projektentwicklern, Finanzierern und Lieferketten belassen.

Auch der Bundesverband Erneuerbare Energie (BEE) kritisiert die geplante Ausgestaltung. BEE-Präsidentin Ursula Heinen-Esser bedauerte, dass die Hinweise der Branche nur teilweise aufgenommen wurden. Insbesondere beim Ausschreibungsdesign müsse im parlamentarischen Verfahren nachgebessert werden.

Die Stiftung Offshore-Windenergie begrüßt dagegen, dass die Bundesregierung eine Indexierung des CfD-Zuschlagswerts für die Planungs- und Bauphase prüfen will. Andreas Mummert, Leiter Politik der Stiftung, erläuterte, dass zwischen Zuschlag und Inbetriebnahme von Offshore-Windparks fünf bis sieben Jahre liegen. In dieser Zeit können sich Investitions-, Finanzierungs- und Betriebskosten deutlich verändern.

Kleinere Flächen und längere Laufzeit

Die Bundesregierung will künftig grundsätzlich kleinere Offshore-Flächen ausschreiben. Vorgesehen sind in der Regel 1.000 bis 1.200 MW je Fläche. Die Verbände BWO und WAB e.V. bewerten diese Änderung positiv. WAB-Geschäftsführer Markus Nölke sieht darin eine Möglichkeit, den Bieterkreis zu erweitern und den Wettbewerb zu stärken.

Für eine bessere Auslastung der Netzanbindungen soll das WindSeeG außerdem eine Überbauung um bis zu 20 Prozent ermöglichen. Damit können mehr Offshore-Windparks an bestehende Netzkapazitäten gekoppelt werden. Zusätzlich sollen Abschattungseffekte zwischen Windparks reduziert werden, um den Ertrag pro Fläche zu erhöhen.

Die Regellaufzeit neuer Offshore-Windparks soll von 25 auf 35 Jahre steigen. Nach Einschätzung der Bundesregierung verbessert dies die Wirtschaftlichkeit der Projekte. Die WAB bewertet die längere Laufzeit grundsätzlich positiv, verweist aber auf offene Fragen bei Technik, Netzanbindung, Ertüchtigung und möglichen Reinvestitionen.

Streit um alte Zuschläge

Nicht gelöst ist aus Sicht der Verbände die Situation bereits bezuschlagter Projekte. Laut der Stiftung Offshore-Windenergie steht bei rund 16.000 MW bereits vergebener Offshore-Projekte die finale Investitionsentscheidung noch aus. Weitere Verzögerungen könnten nach Einschätzung der Stiftung zu einer Ausbaulücke führen und die Lieferkette belasten.

Der BWO fordert deshalb eine einmalige, zeitlich begrenzte Rückgabeoption für Projekte aus den Ausschreibungsjahren 2023 bis 2025, bei denen noch keine finale Investitionsentscheidung gefallen ist. Das betroffene Projekt- und Beschaffungsvolumen könne bis zu 50 Milliarden Euro umfassen. Die Flächen sollten anschließend zeitnah neu ausgeschrieben werden. Unternehmen, die eine Fläche zurückgeben, dürften nicht erneut darauf bieten.

Beim Thema verspätete Netzanbindungen sieht der Regierungsentwurf künftig einen Entschädigungsanspruch ab dem 31. Tag nach dem verbindlichen Fertigstellungstermin vor. Die WAB begrüßt die frühere Entschädigung grundsätzlich, hält die Regelung aber für noch nicht ausreichend. Verzögerungen, die Projektentwickler nicht zu verantworten hätten, dürften aus Sicht des Verbands nicht zu zusätzlichen wirtschaftlichen Risiken führen.

Die Bundesregierung strebt an, die Novelle zum 1. Januar 2027 in Kraft zu setzen. BWO, BEE, Stiftung Offshore-Windenergie und WAB wollen das parlamentarische Verfahren nutzen, um insbesondere Ausschreibungsdesign, Kostenanpassung und Realisierungssicherheit weiter zu verändern. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



The poster for WindEnergy Hamburg 2026 features a worker in safety gear on a wind turbine. A green circle with the text "Be part of it!" is overlaid on the image. The event details are as follows:

WindEnergy Hamburg
The global on & offshore event

22 ————— 25
September 2026

Organized by:  Global Partner:  European Partner:  Partners:   

Mitteldeutsche Ministerpräsidenten fordern billigeren Strom



Quelle: Fotolia / galaxy67

STROM. Die Regierungschefs von Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt fordern im Vorfeld eine **Energieforums niedrigere Strompreise und einen schnelleren Ausbau von Netzen und Speichern.**

Die Ministerpräsidenten mehrerer ostdeutscher Länder fordern eine Senkung der Strompreise in Deutschland. Brandenburgs Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) sagte, die Strompreise seien weiterhin zu hoch und müssten sinken. Mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft müsse die Politik neben dem Klimaschutz auch die Kosten der Transformation berücksichtigen.

Woidke, Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) und Sachsen-Anhalts Regierungschef Sven Schulze (CDU) äußerten sich im Vorfeld des Ostdeutschen Energieforums in Leipzig (Sachsen). Die Veranstaltung steht am 30. September und 1. Oktober unter dem Titel „Sicherheit in unsicheren Zeiten“.

Deutschland Spitze bei Stromkosten

Hintergrund der Forderungen ist unter anderem das hohe Strompreisniveau in Deutschland. Nach einer Analyse des Vergleichsportals Verivox kostete Strom für private Haushalte zuletzt 35,6 Cent je kWh. Damit lag Deutschland im Vergleich der G20-Staaten aus Industrie- und Schwellenländern an der Spitze. Im Durchschnitt der G20-Staaten betrug der Preis laut Verivox 16,3 Cent je kWh. Mehr als 60 Prozent des deutschen Strompreises entfielen demnach auf Steuern und Abgaben.

Woidke sieht zudem Potenzial darin, erneuerbaren Strom stärker dort zu nutzen, wo er erzeugt wird. Dafür seien nach seinen Angaben zusätzliche Netz- und Speicherkapazitäten erforderlich. Gerade in Ostdeutschland führt der Ausbau der erneuerbaren Energien zunehmend zu regionalen Netzengpässen. Strom aus Wind- und Solaranlagen kann dann nicht vollständig aufgenommen oder abtransportiert werden.

Netzausbau beschleunigen

Auch Schulze dringt auf einen schnelleren Netzausbau. „Es ist niemandem geholfen, wenn erneuerbarer Strom wegen fehlender Netzkapazitäten nicht eingespeist werden kann“, erklärte der Ministerpräsident. Für

ihn bemisst sich der Erfolg der Energiewende zudem nicht allein an der Menge des erzeugten Ökostroms.

„Gewinner der Energiewende ist für mich nicht automatisch derjenige, der besonders viel erneuerbare Energie produziert“, sagte Schulze. Entscheidend sei vielmehr, ob daraus neue Industrie, Innovationen und Arbeitsplätze entstünden. Damit verbindet er den Ausbau der erneuerbaren Energien mit der wirtschaftlichen Entwicklung der Länder.

Windkraft nach Ertragsmöglichkeit ausbauen

Kretschmer fordert zugleich eine Änderung beim Ausbau der Windenergie. Aus seiner Sicht sollte die Politik weniger darauf abstellen, welchen Anteil ihrer Fläche Kommunen und Länder für Windkraft ausweisen. Stattdessen müsse der tatsächliche Energieertrag stärker berücksichtigt werden.

Wenn Klimaziele und der Bedarf an erneuerbaren Energien mit weniger Fläche und zugleich effizienteren oder moderneren Anlagen erreicht werden könnten, sollte dies nach Kretschmers Auffassung Vorrang haben. Damit stellt er die bisherige Flächenorientierung beim Windenergieausbau infrage.

Die Forderungen der drei Ministerpräsidenten zielen damit auf mehrere Stellschrauben der Energiewende: niedrigere Stromkosten, einen schnelleren Ausbau der Stromnetze und von Speichern sowie eine stärkere Ausrichtung des Erneuerbaren-Ausbaus auf wirtschaftlichen Nutzen und tatsächliche Stromerträge. (sh)

// VON SUSANNE HARMSEN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

Wieder Angriff auf Stromnetz, Bekennerbrief gibt Hinweise



Quelle: H.D. Volz/Pixelio.de

WIRTSCHAFT. Die Reihe von Attacken auf die Energieversorgung in Deutschland setzt sich fort. Nun liefert ein Bekennerschreiben den Ermittlern womöglich neue Hinweise.

Nach einem weiteren versuchten Sabotageangriff auf die Energieversorgung in Nordrhein-Westfalen gehen die Ermittlungsbehörden Hinweisen aus zwei Bekennerschreiben nach. Die Polizei fahndet europaweit nach einem Mann aus Gevelsberg bei Hagen, der die Briefe verfasst haben soll. Die Briefe waren bei mehreren deutschen Medienhäusern eingegangen. Sie enthalten Medienberichten zufolge Informationen zu Taten, die zu diesem Zeitpunkt öffentlich noch nicht bekannt waren.

Am Donnerstagabend fanden Einsatzkräfte eine verdächtige Abschussvorrichtung an einem Umspannwerk in Dormagen zwischen Düsseldorf und Köln. Ein Spaziergänger hatte die Konstruktion bemerkt und die Polizei alarmiert.

Die gefundenen Konstruktionen ähneln laut Polizei stark den Abschussvorrichtungen, mit denen Unbekannte in Bergheim Kabel über die Oberleitungen geschossen und so mehrere Kraftwerksblöcke lahmgelegt hatten. Auch in Jänschwalde in Brandenburg hatte es zuvor schon einen erfolgreichen Angriff auf das Stromnetz gegeben.

Abschussvorrichtung mit Zeitschaltuhren

In Dormagen waren nach Informationen der „Bild“ Zeitschaltuhren und Kupferdrähte an den Abschussvorrichtungen befestigt. Schäden an der Infrastruktur hat es an dem Umspannwerk dort laut Polizei aber nicht gegeben.

In Jänschwalde und in Bergheim war es zu Kurzschlüssen im Stromnetz gekommen, weil mit vergleichbaren Abschussvorrichtungen ein Draht über die Stromleitungen geschossen worden war. In Bergheim waren dadurch mehrere Kraftwerksblöcke lahmgelegt worden.

All diese Angriffe reklamiert ein 48-Jähriger in Gevelsberg in zwei Bekennerbriefen für sich. „Ob es sich bei ihm tatsächlich um einen Tatverdächtigen handelt oder um einen Trittbrettfahrer, muss erstmal geprüft werden“, betonte ein Polizeisprecher. Doch die Ermittler haben stichhaltige Hinweise.

Die handschriftlich verfassten Schreiben, die unter anderem an die „taz“ und die „F.A.Z.“ gingen, enthalten nach Berichten der beiden Medien jeweils Informationen zu den Taten, die noch überhaupt nicht öffentlich bekannt waren, als die Briefe abgeschickt wurden.

Die Ermittler nehmen diese Spur deshalb ernst – zumal der Verfasser einen weiteren Angriff auf die kritische Infrastruktur an einem Kraftwerk bei Aachen erwähnt, von dem zu diesem Zeitpunkt nicht einmal die Behörden wussten.

Ermittler finden Draht an Kraftwerk bei Aachen

Mit starken Kräften suchte die Polizei daraufhin am Freitag das Umfeld des Kraftwerks Weisweiler ab. Mitarbeiter der Spurensicherung waren in Schutzanzügen und mit Atemschutz im Einsatz. Dabei stellten sie zahlreiche dünne Drähte sicher, wie ein dpa-Reporter beobachtete.

Sie fokussierten sich auf mehrere Stellen auf einem Feld und in einem Gebüsch in unmittelbarer Nähe zu dem Kraftwerk und zu einem Umspannwerk in der Stadt Eschweiler, wie ein dpa-Reporter berichtete. Die Bereiche wurden von Beamten mit Fotos dokumentiert. Offiziell machte die Polizei zunächst keine weiteren Angaben zu dem Einsatz.

Polizei fahndet europaweit nach 48-Jährigem

Gleichzeitig läuft die Suche nach dem 48-jährigen mutmaßlichen Verfasser der Bekennerschreiben. Die Polizei fahndet europaweit nach dem Mann. In Gevelsberg stürmte die Polizei ein Wohnhaus der Familie, fand den Gesuchten dort aber nicht. Nach dpa-Informationen könnte er mit einem auffälligen Truck mit einem hohen, kastenförmigen Aufbau unterwegs sein.

In den Briefen, die auch der Deutschen Presse-Agentur vorliegen, reklamiert er alle bekanntgewordenen Angriffe auf das Stromnetz der vergangenen Tage für sich und betont, dass er allein gehandelt habe. „Stromerzeugung aus fossilen Brennstoffen ist ein Verbrechen“, schrieb er zur Begründung seiner Taten.

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) sagte dem WDR: „Es spricht einiges dafür, dass ein Mensch dahintersteckt, dessen Namen wir kennen. Wir haben uns die Stellen gestern Nacht noch angeguckt, die er genannt hat. Und tatsächlich: Das war kein Fake. Zumindest die Informationen stimmen“, sagte Reul. „Es spricht im Moment weniger für die staatlich fremde Macht. Es spricht einiges dafür, dass es ein Einzeltäter ist. Es könnte aber auch eine Gruppe sein, die da engagiert ist. Und insofern warten wir in Ruhe ab.“

// VON DPA

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT

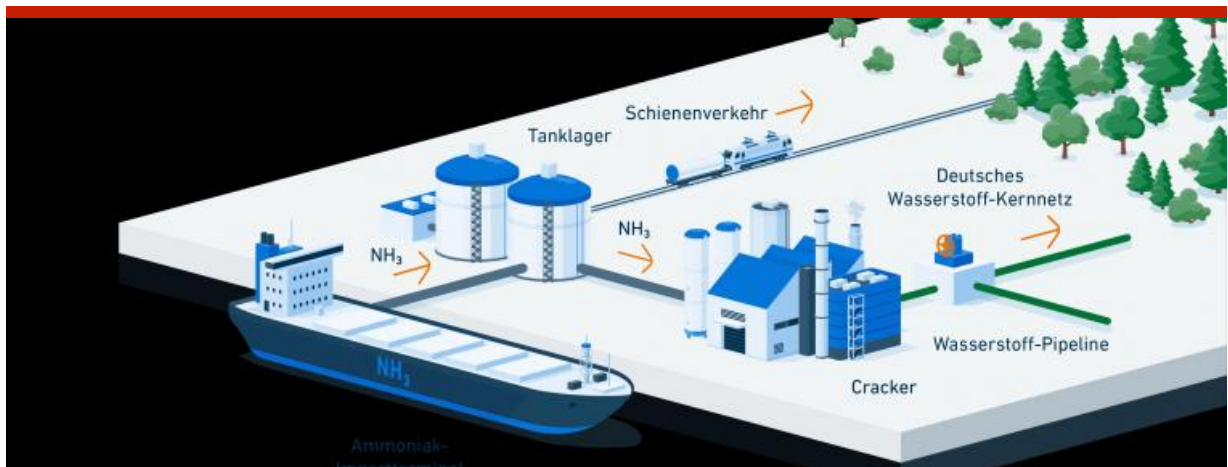


TECHNIK



UNTERNEHMEN

HANDEL & MARKT



Rendering des geplanten Ammoniak-Importterminals. Quelle: Uniper

Ammoniak-Importterminal nimmt erste Hürde

WASSERSTOFF. Mit der Reservierung erster Kapazitäten hat das in Wilhelmshaven geplante Ammoniak-Importterminal einen ersten Meilenstein erreicht. Jetzt können die Planungen konkreter werden.

Uniper setzt die Entwicklung seines geplanten Ammoniak-Importterminals in Wilhelmshaven nach Abschluss der ersten Phase der Open Season fort. Das geht aus einer Mitteilung des Unternehmens hervor, der zufolge Uniper Absichtserklärungen mit Marktteilnehmern unterzeichnet und so Kapazitätsreservierungen in einem Umfang erhalten hat, der die weitere Entwicklung des Projekts ermöglicht.

Die bislang geschlossenen Absichtserklärungen sind nach den Angaben in der Pressemitteilung noch keine endgültigen Terminalnutzungsverträge. Wie hoch die reservierten Kapazitäten sind, wie viele Marktteilnehmer sich beteiligt haben und welche Unternehmen Interesse angemeldet haben, teilt Uniper nicht mit. Die Open Season hatte das Unternehmen Mitte Mai 2026 gestartet (wir berichteten).

Mit den Kapazitätsreservierungen ist die erste Phase des Verfahrens abgeschlossen. In der zweiten Phase will Uniper sogenannte Heads of Terms mit den Interessenten ausarbeiten. Darin werden Eckpunkte für mögliche spätere Vereinbarungen festgehalten. Zudem soll eine Terminalnutzungsvereinbarung entwickelt werden.

Ausbau auf 2,6 Millionen Tonnen Ammoniak möglich

Uniper plant das Terminal modular. Bei entsprechender Nachfrage soll die Importkapazität auf einen maximalen Durchsatz von 2,6 Millionen Tonnen Ammoniak pro Jahr erweitert werden können. Das entspricht nach Angaben des Unternehmens rund 350.000 Tonnen Wasserstoff.

Zeigt sich am Markt ein darüber hinausgehender Bedarf, will Uniper eine oder mehrere zusätzliche Open Seasons durchführen. Dabei könnten andere Kapazitätsprodukte und Geschäftsbedingungen als in der aktuellen Vermarktungsrunde angeboten werden. Nach Angaben des Unternehmens sollen dadurch die Rechte der Teilnehmer der laufenden Open Season unberührt bleiben. (kmt) // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG



RÖDL

4. Strategieforum STADTWERKEWENDE
Transformation kostet. Stillstand noch mehr.
Erfahren Sie, welche Strategien funktionieren.

 Vorabendevent 07. Oktober 2026	 08. Oktober 2026
 Kranhaus 1, Im Zollhafen 18 • Köln	 9:00 – 16:30 Uhr

Jetzt anmelden: www.roedl.com/stadtwerkewende

Wir ebnen Wege. Weltweit. roedl.com

NRW fördert kleine Wärmenetze mit 60 Millionen Euro



Quelle: Shutterstock

WÄRME. Nordrhein-Westfalen stellt rund 60 Millionen Euro für kleine Wärmenetze bereit. Sie sollen klimafreundliche Wärme aus Luft, Erde und Abwasser in Quartieren nutzbar machen.

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert den Bau und die Erweiterung kleiner Wärmenetze mit rund 60 Millionen Euro. Die Mittel stammen aus dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur. Pro Vorhaben können bis zu 600.000 Euro beantragt werden. Die Förderung richtet sich an Projekte, die mehrere Gebäude in bestehenden Quartieren gemeinsam mit lokaler Wärme versorgen.

Nach Angaben des nordrhein-westfälischen Wirtschaftsministeriums können die geförderten Netze bis zu 16 Gebäude mit maximal 100 Wohneinheiten versorgen. Als Wärmequellen kommen unter anderem Luft, Erde und Abwasser infrage. Die Netze sollen Wärme direkt vor Ort bereitstellen und damit eine klimafreundliche Alternative zu einzelnen Heizsystemen schaffen.

Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur (Grüne) erklärte, das Land wolle mit der Förderung verlässliche Investitionsbedingungen schaffen. Menschen sollten dadurch in die Lage versetzt werden, gemeinsam mit anderen Akteuren vor Ort Entscheidungen über ihre Wärmeversorgung zu treffen. „Die Wärmewende kann gelingen, wenn Menschen, Unternehmen und Initiativen Verantwortung übernehmen“, sagte Neubaur.

Förderung für Eigentümer und Unternehmen

Antragsberechtigt sind laut Ministerium Eigentümer vermieteter Immobilien, Unternehmen sowie Bürgerenergiegenossenschaften. Für das Förderprogramm stehen jährlich fünf Millionen Euro über einen Zeitraum von zwölf Jahren zur Verfügung. Das Land will damit nach eigenen Angaben langfristige Planungssicherheit für Investitionen in die lokale Wärmeversorgung schaffen.

Die Landesförderung ergänzt die Bundesförderung für effiziente Gebäude (BEG). Zusammen können damit Förderquoten von bis zu 60 Prozent der zuwendungsfähigen Ausgaben erreicht werden. Die Förderung ist damit insbesondere für Projekte relevant, bei denen mehrere Gebäude über ein gemeinsames Wärmenetz erschlossen werden sollen.

Die Unterstützung ist nicht auf Neubauquartiere beschränkt. Das Ministerium verweist ausdrücklich auf den Einsatz in bestehenden Gebäuden. Dort können Gebäudenetze mehrere Häuser verbinden und Wärme aus lokalen Quellen gemeinsam nutzbar machen. Damit unterscheidet sich der Ansatz von einer individuellen Versorgung jedes Gebäudes mit einer eigenen Wärmeerzeugungsanlage.

Zuschüsse für Informationsveranstaltungen

Parallel zur Investitionsförderung unterstützt das Land Informationsangebote zum Heizungstausch. Dafür hat das Wirtschaftsministerium den „Aktivierungs-Gutschein Heizungstausch“ aufgelegt. Anträge können Vereine stellen, die kostenlose Informationsveranstaltungen für Bürgerinnen und Bürger organisieren.

Auf den Veranstaltungen sollen Referentinnen und Referenten technologieoffen und produktneutral über Möglichkeiten des Heizungstauschs informieren. Voraussetzung für die Förderung sind mindestens 25 Teilnehmende. Der Zuschuss beträgt zehn Euro je Teilnehmerin oder Teilnehmer und maximal 750 Euro je Veranstaltung.

Das Ministerium begründet die Unterstützung mit dem Informationsbedarf bei Entscheidungen über die künftige Wärmeversorgung. Die Veranstaltungen sollen Bürgerinnen und Bürger insbesondere über Möglichkeiten einer klimafreundlichen Wärmeversorgung im Quartier informieren.

Anträge digital möglich

Die Anträge für die Förderung können vollständig digital über das Programm [progres.nrw](https://progres.nrw.de)-Klimaschutztechnik gestellt werden. Das Land bündelt darüber verschiedene Förderangebote für Klimaschutztechnik.

Die Mittel für die Wärmenetze sind Teil des Nordrhein-Westfalen-Plans für gute Infrastruktur. Die Landesregierung will darüber in einem Zeitraum von zwölf Jahren rund 31,2 Milliarden Euro investieren. Rund 21,3 Milliarden Euro davon entfallen nach Angaben des Landes auf die Kommunen, knapp zehn Milliarden Euro auf die Infrastruktur des Landes.

Hintergrund Infrastrukturprogramm

Zu den Schwerpunkten des Programms zählen neben Klimaschutz und energetischer Sanierung unter anderem Schulen, Kitas, Verkehr, Gesundheitsversorgung, Digitalisierung sowie Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft. Grundlage der Finanzierung sind neben Landesmitteln auch Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz. Nordrhein-Westfalen erhält daraus nach Angaben der Landesregierung rund 21,1 Milliarden Euro.

Für die kommunale Infrastruktur sieht der Plan zudem eine Garantie der Höhe der Investitionspauschalen im Gemeindefinanzierungsgesetz vor. Dadurch sollen innerhalb von zwölf Jahren insgesamt rund 60 Milliarden Euro in die Infrastruktur Nordrhein-Westfalens fließen können. Die Landesregierung verbindet das Programm mit dem Ziel, bestehende Investitionsrückstände abzubauen und Projekte auf kommunaler Ebene schneller umzusetzen. (sh) // VON SUSANNE HARMSEN

[^ Zum Inhalt](#)

USA steigern LNG-Exporte so stark wie noch nie



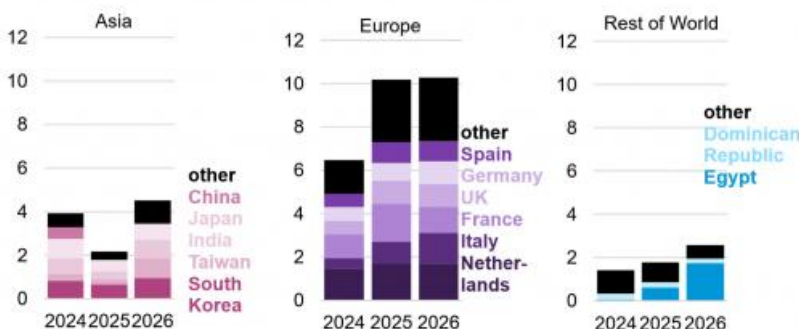
Quelle: Shutterstock / Igor Grochev

GAS. Weitere Terminals stehen vor Ausbau und Inbetriebnahme. Die Ausfuhrzuwächse gehen allerdings bisher nicht nach Europa.

Laut „Natural Gas Monthly“ der U. S. Energy Information Administration (EIA) haben sich die US-Exporte verflüssigten Erdgases (LNG) in den ersten sechs Monaten des Jahres 2026 auf durchschnittlich 17,4 Milliarden Kubikfuß pro Tag (bcf/d) erhöht – das sind binnen Jahresfrist 23 Prozent mehr. Im aktuellen „Short-Term Energy Outlook“ schätzt die EIA, dass die US-LNG-Exporte in der begonnenen Jahreshälfte im Schnitt 17,3 bcf/d betragen werden, bevor sie im ersten Halbjahr 2027 auf 18,7 bcf/d ansteigen.

Die Erweiterung der Kapazitäten durch Ausbau bestehender und Inbetriebnahme weiterer Terminals führten zu dem stärksten Anstieg der LNG-Exporte seit Beginn der 2016 in größerem Umfang gestarteten Exporte der Vereinigten Staaten. Plaquemines LNG exportiert mit voller Kapazität, und Corpus Christi Stage 3 liefert derzeit aus sechs von sieben Verflüssigungssträngen. Die Terminals werden nach ihrer Fertigstellung die nominale US-Exportkapazität um insgesamt 4,0 bcf/d erhöhen. Golden Pass LNG hat im April Exporte aufgenommen und wird voraussichtlich bis Ende 2026 die Exporte aus Strang 1 steigern, wodurch die nominale Exportkapazität um weitere 0,7 bcf/d vergrößert wird. Die Fertigstellung von Golden Pass LNG Strang 2 wird für Ende des Jahres erwartet.

U.S. LNG exports by destination, January–June (2024–2026)
billion cubic feet per day



Data source: U.S. Department of Energy, Natural Gas Imports and Exports Monthly

Die Grafik der U. S. Energy Information Agency über die Zielregionen und -länder der US-LNG-Exporte im jeweiligen ersten Halbjahr zeigt deutlich: Europa stagniert auf hohem Niveau, und Asien hat enorm zugenommen

Quelle: EIA

Marktstörungen wegen der gesperrten Straße von Hormus trugen dazu bei, dass sich die US-LNG-Lieferungen nach Asien im Vergleich zum ersten Halbjahr 2025 verdoppelten. Die US-Exporte nach Europa wuchsen dagegen nur um 0,1 bcf/d (1 Prozent).

Höchster Preisstand seit Januar 2023

Die LNG-Preise haben im bisherigen Verlauf des Jahres erheblich zu US-Exporten nahe dem maximalen Produktionsniveau angereizt. Im März unterbrach die Seeblockade am Golf 20 Prozent der weltweiten LNG-Lieferungen, die größtenteils aus Katar stammten. Diese Störung trieb die Preise in die Höhe und zwang asiatische Abnehmer, an welche etwa 80 Prozent des LNG aus Katar gehen, am Spotmarkt um die begrenzten Ladungen zu konkurrieren.

Der Durchschnittspreis an der kontinentaleuropäischen Referenzhandelsstelle Title Transfer Facility (TTF) in den Niederlanden lag im ersten Halbjahr 2026 bei 14,74 Dollar pro Million britische thermische Einheiten (MMBtu). Bis zum 2. September 2026 kletterte die Notierung auf 73,50 Euro pro MWh und damit den höchsten Stand seit Januar 2023. Sie war damit mehr als doppelt so hoch wie vor Ausbruch des Irankrieges. Am 27. Februar 2026 hatte die Benchmark-Notierung bei 32,00 Euro/MWh gelegen.

Der durchschnittliche Japan-Korea-Marker-Preis, der Referenzpreis für LNG-Importe nach Ostasien, notierte im ersten Halbjahr 2026 auf einem Vier-Jahres-Hoch von 15,56 US-Dollar/MMBtu, da hohe Temperaturen die Spotnachfrage nach LNG in der Region ankurbelten. Dies entspricht einem Anstieg um 2,38 Dollar/-MMBtu gegenüber dem ersten Halbjahr 2025. Anfang September 2026 erreichte der Japan-Korea-Marker-Preis mit 23,62 US-Dollar/MMBtu ebenfalls einen neuen Höchststand seit Januar 2023.

Im Unterschied zur Preisentwicklung in Europa und in Asien blieb der Henry Hub, der für den nordamerikanischen Erdgasmarkt wichtigste Preis-Benchmark, mit etwa 3 US-Dollar/MMBtu - entsprechend knapp 9 Euro pro MWh - im bisherigen Verlauf des Jahres 2026 weitestgehend stabil. Damit entsprechen die Referenznotierungen für Erdgas in Nordwesteuropa und in Japan/Korea zurzeit in etwa dem Achtfachen des für die USA maßgeblichen Vergleichswertes.

Die Hälfte der US-Terminals lagen in der Zugbahn des Tropensturms „Edouard“ am 1. September. Sie machen knapp 75 Prozent der Exportkapazität aus. Bezöge man das Terminal Corpus Christi weiter im Süden ein, wären es 90 Prozent. Die Schäden gingen glimpflich aus. (hws) // **VON HANS-WILHELM SCHIFFER**

[^ Zum Inhalt](#)

DUH warnt vor Klimafolgen neuer Gaskraftwerke



KLIMASCHUTZ. Eine FÖS-Studie im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH) kritisiert die möglichen Emissionen neuer Gaskraftwerke. Sie erreichten bis 2045 bis zu 125 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) warnt vor den möglichen Klimafolgen der im Strom-Versorgungssicherheits- und Kapazitätsgesetz (StromVKG) vorgesehenen neuen Gaskraftwerke. Nach einer Studie des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) im Auftrag der DUH könnten die Anlagen bis 2045 insgesamt bis zu 125 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente verursachen. Die daraus resultierenden Klimaschäden könnten sich auf bis zu 127 Milliarden Euro belaufen. Die neuen Gaskraftwerke sollen die deutsche Stromversorgung sichern, auch in Zeiten, wenn erneuerbare Erzeuger nicht genug liefern.

Mit ihnen soll der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2038 möglich werden. Laut Daten des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme (ISE) liegen die spezifischen CO₂-Emissionen von Braunkohlekraftwerken bei 1 bis 1,2 Tonnen CO₂ je erzeugter MWh Strom. Gaskraftwerke verursachen am Kraftwerk selbst mit etwa 0,35 bis 0,4 Tonnen CO₂ je MWh deutlich weniger CO₂. Die DUH und das FÖS

weisen jedoch darauf hin, dass dieser Vergleich die Methanemissionen der Erdgas-Lieferkette nicht abbildet.

Klimaschädliche Erdgasproduktion

Die Studie betrachtet die ersten Ausschreibungen des StromVKG, mit denen 9.000 MW gesicherte Kraftwerksleistung geschaffen werden sollen. Der erste Gebotstermin startet am 8. September 2026. Nach Berechnungen des FÖS könnten die Kraftwerke bis 2045 im Betrieb bis zu 83 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen. Hinzu kommen bis zu 42 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente aus Methanemissionen entlang der Erdgas-Lieferkette. Dazu zählen die Förderung, Verarbeitung und der Transport des Gases. Klimaeffekte anderer Gase werden in CO₂ umgerechnet, Methan trägt stärker zur Erderwärmung bei als CO₂, wird aber schneller abgebaut.

Das FÖS unterscheidet dabei zwei Szenarien. Auf Grundlage von Szenarien der Bundesnetzagentur könnten die CO₂-Emissionen einschließlich der Vorkettenemissionen bis zu 66 Millionen Tonnen betragen. Bei einer verzögerten Energiewende und einem entsprechend höheren Einsatz der Gaskraftwerke steige der Wert laut Studie auf bis zu 83 Millionen Tonnen. Die zusätzlichen Methanemissionen beziffert das FÖS je nach Herkunft und Lieferbedingungen des Erdgases auf bis zu 33 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente beziehungsweise bis zu 42 Millionen Tonnen im Szenario einer verzögerten Energiewende.

Bei der Berechnung der Klimawirkung berücksichtigt das FÖS das 20-jährige Treibhauspotenzial von Methan. Insgesamt ergeben sich laut Studie Emissionen zwischen 72 und 125 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten. Die nicht durch CO₂-Preise gedeckten Klimaschäden beziffert das FÖS auf 19 bis 127 Milliarden Euro.

Neue Kraftwerke zu teuer

Neben den Klimafolgen kritisiert die Studie auch die staatliche Förderung der Kraftwerke. Der Gebotshöchstwert liegt bei 244.000 Euro je MW. Daraus könnte eine jährliche Förderung von bis zu 2,2 Milliarden Euro entstehen. Über einen Förderzeitraum von 15 Jahren wären damit bis zu rund 33 Milliarden Euro möglich. Finanziert werden soll die Förderung über eine Umlage auf den Stromverbrauch.

Die DUH fordert deshalb eine Änderung der Ausschreibungskriterien. Nach Ansicht der Organisation sollten diese technologieoffen gestaltet werden, damit auch Batteriespeicher, flexible Biogasanlagen und andere klimafreundliche Kapazitäten an den Ausschreibungen teilnehmen können. Dies sieht das Gesetz erst ab 2027 vor.

Sascha Müller-Kraenner, Bundesgeschäftsführer der DUH, fordert zudem eine stärkere Berücksichtigung der Methanemissionen. „Diese werden bislang weder bei der Klimabilanz von Gaskraftwerken noch im Europäischen Emissionshandel ausreichend erfasst“, mahnte er. Auch das FÖS spricht sich laut Florian Zerzawy, Leiter Energiepolitik des FÖS und Hauptautor der Studie dafür aus.



Methanintensität verschiedener Erdgaslieferanten -

Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: DUH / FÖS

Das Gesetz schreibt zudem keine verbindliche frühzeitige Umstellung der neuen Kraftwerke auf grünen Wasserstoff vor. Vorgesehen ist im Wesentlichen ein Konzept für eine spätere Umstellung. Für rund 4.000 MW Kraftwerksleistung soll eine Förderung der Umrüstung ab 2040 beziehungsweise 2043 möglich sein. Welche Anforderungen die Umstellungskonzepte erfüllen müssen und wie die Förderung finanziert wird, ist laut FÖS bislang offen.

Die DUH fordert daher verbindliche Fahrpläne für eine frühere Umstellung auf grünen Wasserstoff. Gleichzeitig solle die Bundesregierung eine strengere Regulierung der Methanemissionen auf europäischer Ebene unterstützen. Gasimporte sollten demnach nur zugelassen werden, wenn ihre Methanintensität unter 0,2 Prozent liegt. Eine Methanabgabe könnte zusätzliche Anreize schaffen, Leckagen entlang der Lieferkette zu reduzieren, so die DUH.

Die **DUH-Studie zu den Klimakosten neuer Gaskraftwerke** steht als PDF zum Download bereit. (sh)

// VON SUSANNE HARMSSEN

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

⚙️ TECHNIK



Leerrohre mit einem Kabelmodell. Quelle: Bayernwerk

Neue 110-kV-Leitung für die Glasproduktion

STROMNETZ. Bayernwerk Netz hat die Genehmigung für eine neue 110-kV-Erdkabelleitung in Oberfranken beantragt. Sie soll Wiegand-Glas direkt ans Hochspannungsnetz anbinden.

Die Bayernwerk Netz GmbH hat bei der Regierung von Oberfranken die Planfeststellung für eine rund drei Kilometer lange 110-kV-Erdkabelleitung zwischen Windheim und Steinbach am Wald beantragt. Die Leitung soll den dortigen Produktionsstandort des Behälterglasherstellers Wiegand-Glas direkt an das Hochspannungsnetz anschließen.

Der Netzbetreiber hatte die Planung für das Projekt 2024 begonnen. Kartierungen und Baugrunduntersuchungen dienten als Grundlage für die Gutachten des Planfeststellungsantrags. Bereits vor Beginn der Planungen hatten Bayernwerk Netz und Wiegand-Glas einen Netzanschlussvertrag geschlossen. Bislang liegt das Projekt im Zeitplan: Dieser sieht die Einreichung des Planfeststellungsantrags 2026, den Baubeginn 2027 und die Inbetriebnahme 2028 vor

Die neue Leitung soll das geplante Umspannwerk auf dem Werksgelände in Steinbach am Wald – etwa 50 Kilometer nordöstlich von Coburg unweit der Landesgrenze zu Thüringen gelegen – mit einem neuen Umspannwerk bei Windheim verbinden. Bayernwerk Netz übernimmt Planung und Bau der Kabelleitung und wird deren Eigentümerin.

Wiegand-Glas ist nach eigenen Angaben einer der drei größten Behälterglashersteller Deutschlands und beruft sich auf mehr als 450 Jahre Glasmachertradition. Der Hochspannungsanschluss soll nun die Voraussetzungen für die weitere Elektrifizierung des Standorts schaffen, denn das Unternehmen will in seinen Schmelzprozessen künftig mehr elektrische Energie einsetzen und den Erdgasverbrauch reduzieren.

Am Standort Steinbach am Wald betreibt Wiegand-Glas vier Schmelzwannen und neun Produktionslinien. Die Produktionsmenge am Standort gibt das Unternehmen auf seiner Homepage mit 3,5 Millionen Glasbehältern pro Tag an. Im Juni 2026 hatte Wiegand-Glas zudem eine Förderzusage für das Projekt „Eco2Furnace“ bekannt gegeben. Dabei soll am Standort eine Hybrid-Schmelzwanne entstehen, die nach Unternehmensangaben mit einem elektrischen Energieanteil von bis zu 70 Prozent betrieben werden kann.

63 Millionen Euro für regionale Netzprojekte

Die Erdkabelverbindung ist Teil mehrerer Netzbaumaßnahmen von Bayernwerk Netz in Oberfranken. Dazu gehören das neue Umspannwerk Windheim, der Ersatz von zwei Masten an dessen Standort, die Sanierung eines weiteren Masts an der bestehenden Leitung zwischen Stockheim und Windheim sowie der Ausbau eines Schaltfelds am Umspannwerk Neustadt bei Coburg. Für diese Projekte beziffert Bayernwerk Netz die Aufwendungen auf insgesamt rund 63 Millionen Euro. Das Umspannwerk Windheim soll im Oktober 2026 in Betrieb gehen. (kmt) // VON KATIA MEYER-TIEN

[^ Zum Inhalt](#)

Sunotec baut 441-MWh-Batteriespeicher in Stendal



Quelle: Fotolia / sdecoret

STROMSPEICHER. Sunotec treibt in Stendal einen Batteriespeicher mit 100 MW Leistung und 441 MWh Kapazität voran. Die Inbetriebnahme ist für Anfang 2027 geplant.

Die in Bulgarien gegründete Sunotec treibt den Bau eines Batteriespeichers mit 100 MW Leistung und 441 MWh Speicherkapazität in Stendal (Sachsen-Anhalt) voran. Das berichtet das Fachportal „Energy Industry Review“. Der Speicher soll unabhängig von einer Erzeugungsanlage am Stromnetz betrieben werden. Die Inbetriebnahme plant das Unternehmen für das erste Quartal 2027.

Das Projekt erreichte nach Angaben von Sunotec im zweiten Quartal 2026 den Status „Ready-to-Build“. In der Umsetzungsphase übernimmt das Unternehmen Engineering, Installation sowie später Betrieb und Wartung. Bei vollständiger Be- beziehungsweise Entladung mit Nennleistung entspricht die Speicherkapazität rechnerisch einer Dauer von rund 4,4 Stunden. Die Inbetriebnahme ist für das erste Quartal 2027 geplant.

Das Projekt in Stendal markiert einen weiteren wichtigen Schritt beim Ausbau der Batteriespeicheraktivitäten von Sunotec in ganz Europa. In den vergangenen Jahren hat das Unternehmen umfangreiche Erfahrungen beim Aufbau von Batteriespeicherinfrastruktur im Großmaßstab gesammelt und europaweit eine BESS-Kapazität von 6,1 GWh installiert. Sunotec wendet diese Erfahrungen nun auch auf andere Märkte an, darunter Deutschland, wo die zunehmende Integration erneuerbarer Energien die Nachfrage nach flexibler Energieinfrastruktur steigert.

Stendal soll Auftakt für weitere Projekte sein

Mit einer Speicherkapazität von 441 MWh ist das Projekt in Stendal darauf ausgelegt, Strom bei hohem Angebot zu speichern und bei Bedarf wieder bereitzustellen. Großspeicher können so Flexibilität für das Stromnetz bieten, die Integration erneuerbarer Energien unterstützen und zu einer widerstandsfähigeren Energieinfrastruktur beitragen.

„Wir haben die letzten Jahre damit verbracht, Batteriespeicher in einer Größenordnung zu errichten, die noch vor nicht allzu langer Zeit ambitioniert erschienen wäre. Heute hat Sunotec europaweit über 6 GWh installiert. Was wir dabei gelernt haben, ist einfach: Speicherung funktioniert, und Europa braucht viel mehr davon. Stendal ist unsere Chance, diese Erfahrung nach Deutschland zu bringen, da es genau die Art von Infrastruktur darstellt, die zunehmend an Bedeutung gewinnen wird, während Europa ein Energiesystem mit deutlich mehr erneuerbarer Energie aufbaut. Und für Sunotec ist Stendal erst der Anfang“, sagte Bernhard Suchland, CEO von Sunotec.

Das Stendal-Projekt hat im Rahmen von „SECURSUN“, dem Joint Venture zwischen Sunotec und „secureenergy“, den Status „Ready-to-Build“ erreicht. Nun, da das Projekt in die Umsetzungsphase eintritt, leitet Sunotec die Bereitstellung der Speicherinfrastruktur. Die WT Energiesysteme GmbH errichtet vor Ort ein neues 110-kV-Umspannwerk und stellt damit die erforderliche Infrastruktur für den Netzanschluss des Batteriespeichersystems bereit. (mik) // VON MIRKO KAUPAT, PMV

[^ Zum Inhalt](#)

Chinesischer Heimspeicherhersteller setzt auf Infineon-Technologie



Quelle: Infineon Technologies

TECHNOLOGIE. Die chinesische Fox ESS setzt in Heimspeichern auf Siliziumkarbid-Halbleiter von Infineon. Beim System „PQ3-Ultra“ gibt der Hersteller Wirkungsgrade von bis zu 98,78 Prozent an.

Infineon liefert Siliziumkarbid-Leistungshalbleiter (SiC) an den chinesischen Speicher- und Wechselrichterhersteller Fox ESS. Dieser setzt die Bauteile in seinen Energiespeichersystemen für Privathaushalte ein, wie aus einer aktuellen Pressemitteilung des Münchner Unternehmens hervorgeht.

Fox ESS verwendet die „CoolSiC-MOSFET“ mit 1.200 V von Infineon im Speichersystem PQ3-Ultra. MOSFET steht für „Metalloxid-Halbleiter-Feldeffekttransistor“ und ist ein elektronisches Bauteil, das als spannungsgesteuertes Ventil dient, um elektrische Ströme zu schalten oder zu verstärken. Nach Angaben der Unternehmen reduzieren die SiC-MOSFET die Schaltverluste gegenüber der bisherigen Auslegung um 70 Prozent.

Für das System gibt Fox ESS im netzgekoppelten Betrieb einen maximalen Photovoltaik-Wechselrichterwirkungsgrad von 98,78 Prozent an. Beim Laden und Entladen der Batterie soll der maximale Wirkungsgrad bei 98,47 Prozent liegen.

Die SiC-Halbleiter kommen im sogenannten Q-DPAK-PACK zum Einsatz. Dieses Gehäusekonzept führt die Wärme über die Oberseite ab. Infineon zufolge lässt sich dadurch das Leiterplattenlayout gegenüber Bauteilen mit Kühlung über die Unterseite verändern und die Wärmeabfuhr verbessern. Die eingesetzte Verbindungstechnik soll zudem den thermischen Widerstand und die Sperrschichttemperatur im Betrieb reduzieren.

Siliziumkarbid wird in der Leistungselektronik unter anderem eingesetzt, um Schaltverluste zu verringern und höhere Schaltfrequenzen zu ermöglichen. Bei Wechselrichtern und Batteriespeichern können geringere Verluste den Systemwirkungsgrad erhöhen und den Kühlungsbedarf beeinflussen.

Fox ESS erreicht SPI von 97 Prozent

Fox ESS beruft sich außerdem auf Ergebnisse eines Speichertests der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) Berlin und von AQUU Research. Die Kombination aus dem Hybridwechselrichter PQ-H3-Ultra-10.0 und der Batterie EQ3300-5 erreichte demnach einen System Performance Index (SPI) von 97 Prozent.

Nach Angaben von Infineon und Fox ESS ist dies der höchste SPI, der seit Einführung der Bewertung 2018 gemessen wurde. Unter den 2026 untersuchten Systemen in der 10-kW-Klasse erreichte die Kombination demnach den ersten Platz.

Der SPI bewertet die Energieeffizienz von Photovoltaik-Speichersystemen anhand ihrer Verluste im Betrieb. Damit geht die Kennzahl über einzelne maximale Wirkungsgradwerte von Wechselrichter oder Batterie hinaus und ermöglicht einen Vergleich kompletter Speichersysteme.

Fox ESS wurde 2019 gegründet und hat seinen Hauptsitz im chinesischen Wenzhou. Nach Unternehmensangaben wurden in den vergangenen drei Jahren mehr als 890.000 Photovoltaik-Wechselrichter und mehr als eine Million Batterien in über 70 Ländern installiert. (kmt)

// VON KATIA MEYER-TIEN

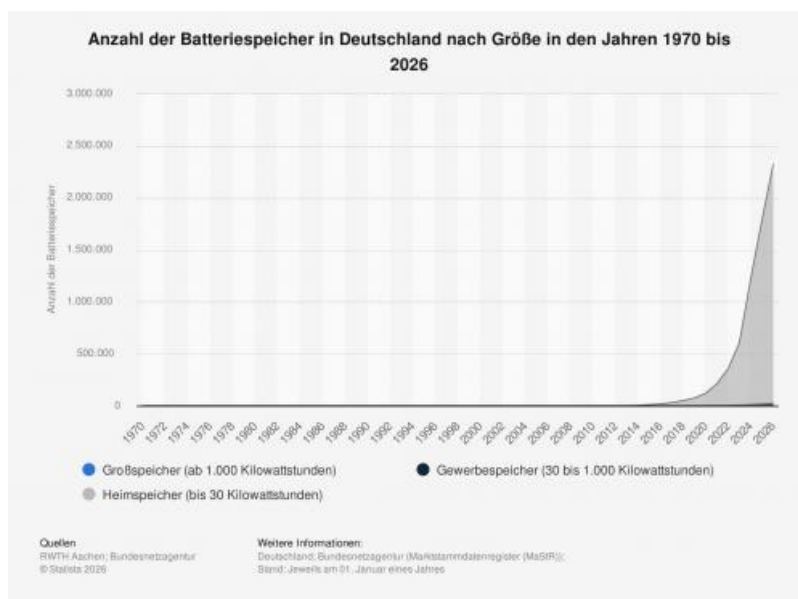
[^ Zum Inhalt](#)

Anzahl der Batteriespeicher in Deutschland bis 2026



Quelle: E&M / Pixabay

STATISTIK DES TAGES. Ein Schaubild sagt mehr als tausend Worte: In einer aktuellen Infografik beleuchten wir regelmäßig Zahlen aus dem energiewirtschaftlichen Bereich.



Für Vollbild auf die Grafik klicken

Quelle: Statista

Zum 1. Januar 2026 lag die Anzahl aller registrierten Batteriespeicher in Deutschland bei rund 2,29 Millionen. Davon entfiel der Großteil auf Heimspeicher (bis 30 Kilowattstunden) und rund 440 wurden als Großspeicher (ab 1.000 Kilowattstunden) klassifiziert. // VON REDAKTION

[^ Zum Inhalt](#)



TOP-THEMA



POLITIK & RECHT



HANDEL & MARKT



TECHNIK



UNTERNEHMEN

UNTERNEHMEN



Ziel einer Cyberattacke: die Stadtwerke Landsberg am Lech. Quelle: Stadtwerke Landsberg

Krisenstab nach Cyberangriff auf Landsbergs Versorger eingerichtet

IT. Gerade erst hat sich ein Stadtwerk in Westfalen von einem Cyberangriff erholt, da ist der nächste Versorger betroffen. Im oberbayerischen Landsberg sind aktuell die Systeme lahmgelegt.

Die Stadtwerke in Landsberg am Lech haben bekanntgegeben, Ziel eines Hackerangriffs geworden zu sein. Zentrale Systeme der Informationstechnik seien verschlüsselt, melden die Oberbayern. Während die Versorgungsleistungen nicht beeinträchtigt sein sollen, lässt sich dies über den missbräuchlichen Gebrauch möglicherweise erbeuteter Daten derzeit noch nicht sagen.

In dem Fusionsstadtwerk für Kamen, Bönen und Bergkamen (GSW) waren die Ermittler nach Wochen der Untersuchung jüngst zu dem Schluss gekommen, dass ältere Kundendaten kurzzeitig im Darknet aufgetaucht waren (wir berichteten). In Landsberg am Lech versuchen Expertenteams zu ergründen, ob es durch die Verschlüsselung der Systeme auch zu Datenabfluss gekommen ist.

Das als Anstalt öffentlichen Rechts (AöR) organisierte Kommunalunternehmen in Landsberg ist mit seinen etwa 130 Mitarbeitenden – und Vorstand Jörg Gründinger an der Spitze – für die Lieferung von Strom, Gas, Wärme und Wasser zuständig. In diesen operativen Bereichen sehen die Stadtwerke aktuell keine Beeinträchtigungen, dies gelte auch für weitere Geschäftsfelder wie Kläranlage, Glasfaser- und Ladeinfrastruktur sowie Bad und Parkgaragen.

Vor allem die Kommunikationskanäle sind beeinträchtigt

Kundinnen und Kunden werden die Folgen des Cyberangriffs derzeit vor allem dadurch spüren, dass die Mitarbeitenden der Stadtwerke kaum oder gar nicht per Telefon oder E-Mail zu erreichen sind. Alternativlösungen seien in Vorbereitung, heißt es von Seiten des Versorgers. Das Internetportal der Stadtwerke ist offenbar nicht betroffen, auch Vertragsabschlüsse seien weiterhin möglich.

Nach dem Vorfall, der sich nach Angaben der Stadtwerke in der Nacht zum 1. September ereignet hat, haben die Verantwortlichen laut Mitteilung mit weitreichenden Sicherheitsmaßnahmen reagiert. Sämtliche Internetverbindungen setzte das Unternehmen offline, dazu fuhr es die Systeme herunter. Ein Krisenstab habe die Arbeit aufgenommen, um nach dem – so wörtlich – „gezielten, kriminellen Cyberangriff“ schnellstmöglich die Normalität wiederherzustellen.

Mit der Hilfe von speziellen Cyber-Security-Fachleuten läuft die Analyse, welches Ausmaß der Angriffe hatte. Dazu unterstützen sie beim Wiederaufbau der IT-Systeme. Gemäß Notfallplan hätten die Stadtwerke alle notwendigen Schritte eingeleitet, darunter die fristgerechte Information der zuständigen Behörden. Auch habe der Versorger Anzeige erstattet.

Sollte sich herausstellen, dass die Internet-Kriminellen Daten erbeutet haben, wollen die Stadtwerke Betroffene „proaktiv und transparent“ informieren. Belastbare Indizien für Auswirkungen auf Systeme der Kundschaft und von Partnerunternehmen gebe es derzeit allerdings nicht. // VON VOLKER STEPHAN

Diesen Artikel können Sie teilen: [f](#) [t](#) [in](#)

[^ Zum Inhalt](#)

WERBUNG

ENERGIEJOBS

**DAS KARRIEREPORTAL FÜR
DIE ENERGIEWIRTSCHAFT**

Rekrutieren Sie zielgenau in der
Strom-, Gas- und Wasserwirtschaft.

Energietechnik **Erneuerbare Energien** **Energiemanagement**

08152 93 11 88 **www.energiejobs.online**

Kurzzeit-Chef Oswald verlässt Stadtwerke Sigmaringen



Quelle: Shutterstock / Nep0

PERSONALIE. Nach nur zwei Monaten scheidet Peter Oswald als Geschäftsführer der Stadtwerke Sigmaringen aus. Interimsgeschäftsführer Falk-Wilhelm Schulz übernimmt erneut.

Bei den Stadtwerken Sigmaringen kommt es bereits zwei Monate nach dem Wechsel an der Unternehmensspitze zu einer erneuten Veränderung. Peter Oswald ist als Geschäftsführer ausgeschieden, teilte die Stadt Sigmaringen in zwei Sätzen auf ihrer Internetseite mit. Er hatte die Leitung des kommunalen Versorgers erst zum 1. Juli 2026 übernommen. Gründe für sein Ausscheiden nannte die Stadt in ihrer Mitteilung nicht.

Die Stadtwerke verlängerten zugleich den Vertrag mit Falk-Wilhelm Schulz. Der Interimsgeschäftsführer soll das Unternehmen zunächst für ein weiteres Jahr führen. Schulz hatte die Stadtwerke bereits von August 2024 bis zum Amtsantritt Oswalds geleitet und in dieser Zeit die Sanierung des Unternehmens begleitet. Ob und wann die Stadtwerke die Geschäftsführung erneut dauerhaft besetzen wollen, teilte die Stadt indes nicht mit.

Oswald war erst im Juli angetreten

Der Aufsichtsrat unter Vorsitz des Sigmaringer Bürgermeisters Marcus Ehm hatte Oswald erst im Frühjahr einstimmig zum neuen Geschäftsführer bestellt (wir berichteten). Der damals 53-Jährige kam aus Potsdam nach Sigmaringen. Dort hatte er als Bereichsleiter Vertrieb, Kundenservice und Marketing gearbeitet und war zudem als Prokurist tätig.

Mit Oswald sollte bei den Stadtwerken nach knapp zwei Jahren unter einem Interimsgeschäftsführer wieder eine reguläre Geschäftsführung übernehmen. Bei der Bekanntgabe der Personalentscheidung im März hatte das Unternehmen erklärt, die akute Krisensituation sei unter Schulz überwunden und die Sanierung abgeschlossen. Schulz selbst sprach damals vom Übergang aus der Transformationsphase in einen stabilen Normalbetrieb, verwies aber zugleich auf noch nachwirkende Themen.

Millionenverluste nach der Energiekrise

Hintergrund der personellen Neuordnung war die finanzielle Krise des kommunalen Versorgers. Die Stadtwerke hatten nach der Energiekrise ein Defizit im zweistelligen Millionenbereich aufgebaut. Für das Geschäftsjahr 2023 wies das Unternehmen einen Verlust von 11,4 Millionen Euro aus. Auch für 2024 und 2025 waren weitere Belastungen erwartet worden.

Die Verluste gingen vor allem auf die Energiebeschaffung während der Energiekrise zurück. Die Stadtwerke hatten Mengen erst spät und damit zu hohen Marktpreisen beschafft. Hinzu kamen Fehlkalkulationen bei Preisen und Energiemengen. Die Entwicklung belastete die Bilanz des Unternehmens und machte eine Sanierung erforderlich.

Eine Compliance-Untersuchung hatte Hinweise auf Pflichtverletzungen des damaligen Geschäftsführers ergeben. Demnach soll er Aufsichtsrat und Stadt zu spät über die Lage des Unternehmens informiert haben. Im August 2024 übernahm Schulz daraufhin interimistisch die Geschäftsführung. (hr)

// VON HEIDI ROIDER

[^ Zum Inhalt](#)

Stadtwerke Willich versorgen Plastikproduzenten ohne Umweg



Quelle: Pixabay / Samuel Faber

PHOTOVOLTAIK. Für die Stadtwerke Willich und auch deren Heimatkommune ist es eine große Sache. Die bislang größte Freiflächen-Solaranlage im Ort versorgt als Onsite-PPA ein benachbartes Unternehmen.

Ökostrom direkt vom Erzeuger: Dieses Modell wird nun im nordrhein-westfälischen Willich Wirklichkeit. Die örtlichen Stadtwerke bauen auf dem Gelände eines Kunststoffverarbeiters ein Solarfeld und leiten den produzierten Strom direkt an den Abnehmer.

In sein erstes Projekt dieser Art steckt der Versorger 1,2 Millionen Euro. Es ist nach Angaben der Beteiligten mit 1,76 MW die leistungsstärkste Freiflächenanlage dieser Art in der Kommune. Nutznießer des Solarparks ist die Saint-Gobain Performance Plastics Pampus GmbH, ein Produzent und Vermarkter von Hochleistungswerkstoffen auf Fluorpolymer-Basis. Solche Produkte sind zum Beispiel für die Automobilindustrie unerlässlich.

Die Solarmodule erstrecken sich auf 10.000 Quadratmetern einer bislang ungenutzten Firmenfläche. Daher ist der Weg des Stroms vom Kraftwerk ins Unternehmen nur etwa 300 Meter lang. Bei solchen Direktabnahmeverträgen an Ort und Stelle spricht man von Onsite-PPA. Der Strom soll ab Oktober fließen.

Die Stadtwerke und das Unternehmen sehen das Geschäft als lohnenswert an. Denn mit der Direktbelieferung zu einem festgelegten Preis je kWh kann der Versorger mit festen Einnahmen kalkulieren. Die eigenen Kosten lassen sich reduzieren, weil Aufwand für Handel und Vermarktung des Stroms entfallen.

Der Fluorkunststoffverarbeiter wiederum deckt mit dem Ökostrom mehr als ein Fünftel des Jahresbedarfs von etwa 6 Millionen kWh. Dieser Wert ergibt sich dadurch, dass von den erwarteten 1,51 Millionen kWh Strom aus dem Solarfeld etwa 1,3 Millionen kWh für das Unternehmen zur Verfügung stehen. Nicht jede kWh ist aus technischen, zeitlichen oder Kapazitätsgründen vollständig vor Ort nutzbar. Das Unternehmen bezeichnet die Versorgungssicherheit zu stabilen Preisen als Vorteil. Auch entfallen keine Ausgaben für Netzentgelte, Umlagen oder andere Abgaben. (vs) // **VON VOLKER STEPHAN**

[^ Zum Inhalt](#)

OLG Hamm scheint Eons Fernwärme-Preise kippen zu wollen



Quelle: Fotolia / H-J Paulsen

RECHT. Eine Sammelklage gegen Eons Fernwärme-Preisgestaltung scheint Aussicht auf Erfolg zu haben. Das Urteil steht in Kürze aus, der Klage können Betroffene noch kurzfristig beitreten.

Klageführer und Betroffene sind verhalten optimistisch. Nach einer mündlichen Verhandlung zu einer Sammelklage am Oberlandesgericht (OLG) Hamm wird die Aussicht auf Rückzahlungen für Fernwärmekunden der Eon Energy Solutions wahrscheinlicher.

Diese Hoffnung äußert jedenfalls der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV). Die Vorsitzende Richterin habe beim Termin Ende August „kaum Zweifel erkennen“ lassen, die von Eon verwendete Preisformel für voraussichtlich rechtswidrig und damit für unwirksam zu halten. Damit rücken teils erhebliche Erstattungen im vierstelligen Bereich näher.

Weil noch kein Vergleich mit Eon geschlossen bzw. kein Urteil ergangen ist, mahnt der VZBV nun zur Eile. Wer sich der Sammelklage noch nicht angeschlossen haben sollte, könne dies bis zum 14. September nachholen. Eine Anleitung dazu steht auf der Website der Verbraucherschutzorganisation.

Der VZBV hatte Ende 2023 die damalige Preisgestaltung von Eons Fernwärme-Tochter juristisch angegriffen (wir berichteten). Die Klage hatte sich gegen die grundsätzliche Zusammensetzung der Preisformel gerichtet. Sollten die damals geänderten Arbeitspreise mit den Faktoren Erdgas, Börsennotierungen sowie Erdgas (bei Abgabe an Handel und Gewerbe) begründet und diese zusammen mit mindestens 60 Prozent wirksam geworden sein, bestehe jetzt Grund zur Hoffnung auf Korrektur.

Allerdings deutete die Verhandlung in Hamm aus VZBV-Sicht darauf hin, dass das Gericht die Gestaltung nicht allgemein außer Kraft setzen will. Vielmehr rücken demnach einzelne Versorgungsgebiete in den Fokus. Die Fernwärme-Kunden in Erkrath-Hochdahl, Hamburg-Lohbrügge-Nord und Schwalbach-Limes sollen gute Chancen auf einen Erfolg ihrer Sammelklage haben.

Das Urteil des Oberlandesgerichts wird für den 12. Oktober erwartet. Es muss nicht das letzte Wort in der Sache sein, weil beide Verfahrensparteien einen Gang zum Bundesgerichtshof in Erwägung ziehen. Eine erwartbare Revision würde ein bindendes Urteil weiter verzögern.

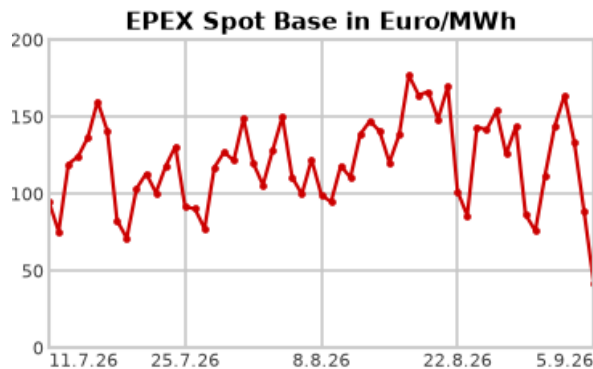
Der VZBV spricht davon, dass Fernwärmekunden in Erkrath-Hochdahl bei einem Jahresverbrauch von 15.000 kWh für die Jahre 2021 und 2022 bis zu 3.500 Euro zu viel bezahlt haben könnten. Dies ergibt sich aus einer Preissteigerung von 6,18 Cent auf 23,24 Cent je kWh zwischen Ende 2020 und 2023. (vs)

// VON VOLKER STEPHAN

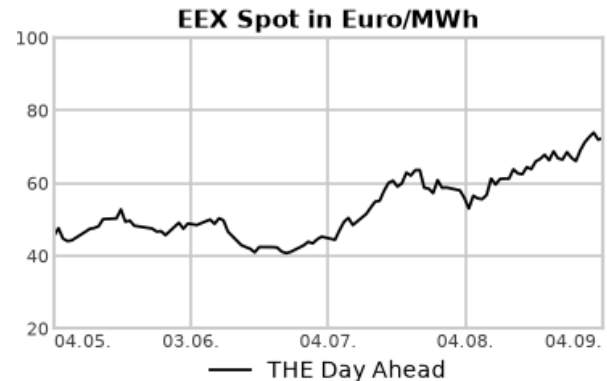
[^ Zum Inhalt](#)

MARKTBERICHTE

STROM



GAS



Energienmärkte am Freitag ohne klare Richtung



Quelle: E&M

MARKTKOMMENTAR. Wir geben Ihnen einen tagesaktuellen Überblick über die Preisentwicklungen am Strom-, CO₂- und Gasmarkt.

Der Strom-Montag wurde vergleichsweise hoch bepreist, da die Einspeiseleistung der Erneuerbaren geringer ausfallen soll als am Freitag. Im weiteren Wochenverlauf dürfte Einspeiseleistung aber wieder steigen. Die CO₂-Preise legten zu. Trotz des Abbaus spekulativer Long-Positionen und höherer Auktionsmengen bleibt der Markt durch den festen Energiekomplex und niedrige Gasspeicherstände unterstützt. Die Gaspreise drehten nach anfänglichen Gewinnen ins Minus.

Die Spannungen um die Straße von Hormus und stockende LNG-Lieferungen halten das Aufwärtsrisiko vor dem Winter dennoch hoch. Kohle verteuerte sich, während Öl und Gasöl nachgaben. Schwindende Lagerpuffer dürften es dem Ölmarkt zunehmend erschweren, die anhaltenden Ausfälle im Nahen Osten auszugleichen.

Strom: Ganz überwiegend schwächer hat sich der deutsche OTC-Strommarkt am Freitag präsentiert. Der Montag wurde in der Grundlast an der Börse mit 152,75 Euro je Megawattstunde gehandelt. Am Donnerstag hatte der Freitag selbst im OTC-Handel im Base 89,25 Euro je Megawattstunde und im Peak 51,25 Euro je Megawattstunde gekostet.

Die Einspeiseleistung der Erneuerbaren dürfte am Montag mit 21,4 Gigawatt deutlich geringer ausfallen als noch am Freitag, für den 46,4 Gigawatt erwartet wurden. Im weiteren Verlauf der neuen Arbeitswoche dürften die Werte dann aber wieder zulegen.

Am langen Ende verlor das Strom-Frontjahr 1,78 Euro auf 119,66 Euro je Megawattstunde.

CO₂: Fester hat sich der CO₂-Markt am Freitag gezeigt. Der Dec 26 gewann bis 14.00 Uhr 0,99 Euro auf 84,52 Euro je Tonne.

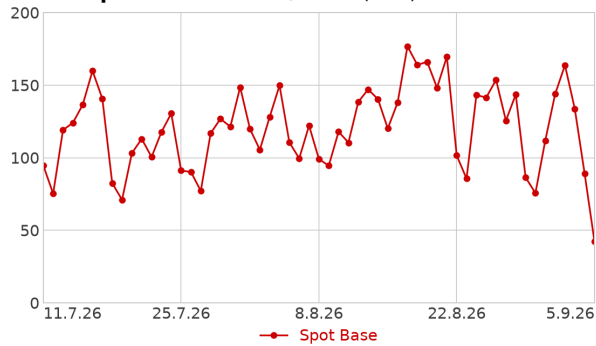
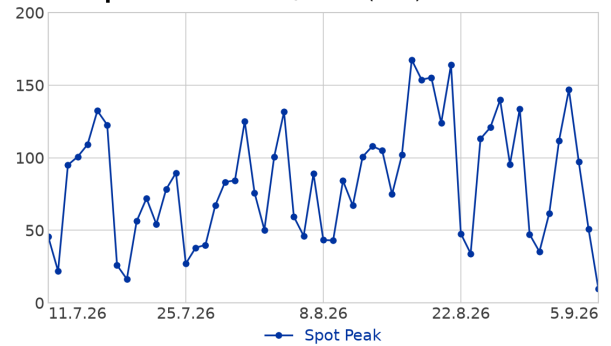
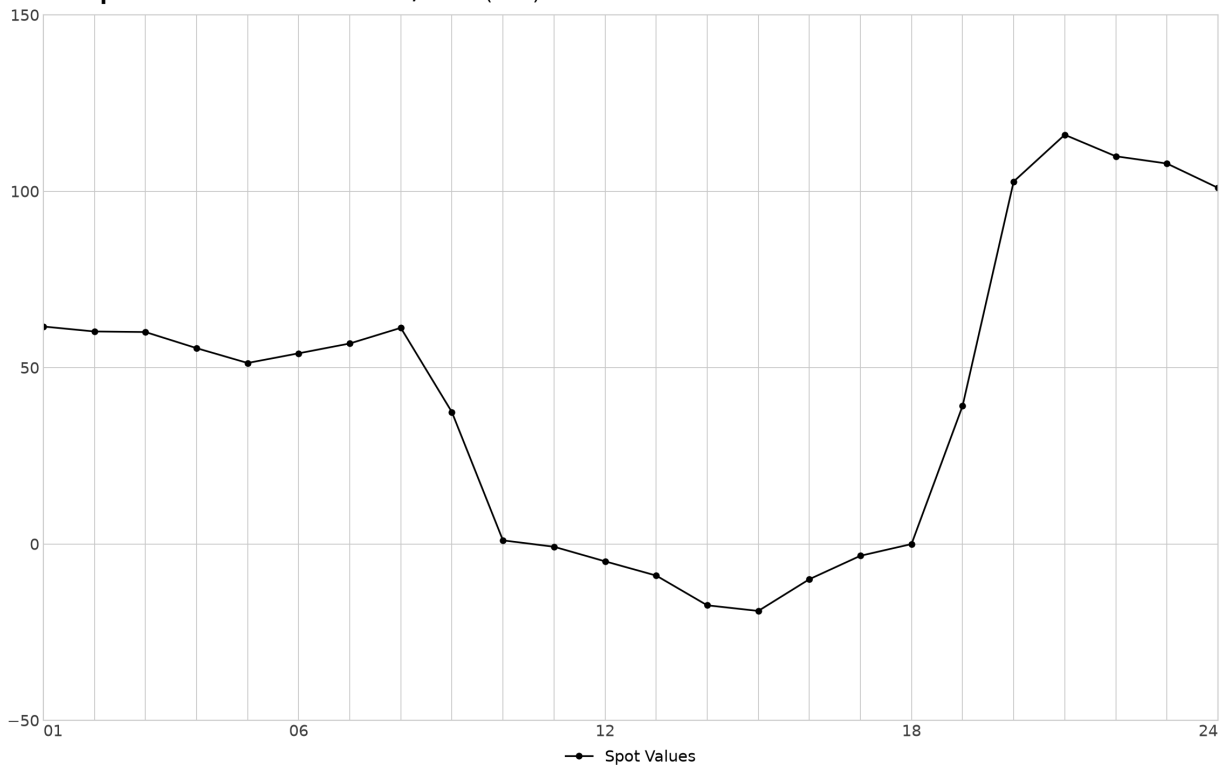
Insgesamt bleibt der CO₂-Markt den Analysten von Belektron trotz des weiteren Abbaus spekulativer Long-Positionen und des höheren Auktionsangebots oberhalb von 82 Euro vergleichsweise gut unterstützt. Da der Energiekomplex deutlich zulegt und die europäischen Gasspeicherstände hinter den Vorjahreswerten zurückbleiben, lässt sich das fundamentale Umfeld weiterhin als unterstützend für die EUA-Preise einschätzen.

Erdgas: Die europäischen Erdgaspreise haben am Freitag etwas nachgegeben. Der Frontmonat am niederländischen TTF verlor bis gegen 14.00 Uhr 0,70 Euro auf 71,00 Euro je Megawattstunde. Die Notierungen hatten zunächst auf die erneute Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten reagiert und waren gestiegen, drehten aber im Handelsverlauf ins Minus. Ein US-Angriff auf Iran hatte Vergeltungsschläge auf amerikanische Stützpunkte in der Region ausgelöst und neue Sorgen vor Lieferausfällen geschürt. US-Präsident Donald Trump hatte erklärt, dass die erneuten Angriffe auf Teheran nicht allzu lange dauern würden.

Weitere Preisanstiege sind laut Marktteilnehmern jederzeit denkbar. Die Beeinträchtigungen des Schiffsverkehrs behindern weiterhin die LNG-Lieferungen aus der Golfregion nach Europa und bremsen damit die Wiederbefüllung der Gasspeicher.

Die europäischen Speicherstände liegen mit Blick auf den kommenden Winter weiterhin deutlich unter dem saisonüblichen Niveau. Damit steigt das Risiko eines intensiveren Wettbewerbs um LNG-Lieferungen, während Europa bei einer Kälteperiode anfällig für Preissprünge bleibt. Im Wochenvergleich haben die europäischen Gaspreise zwischenzeitlich mehr als 7 Prozent zugelegt. Es wäre der vierte Wochengewinn in Folge. (map) // [VON MARIE PFEFFERKORN](#)

[^ Zum Inhalt](#)

ENERGIEDATEN:**Strom Spotmarkt****EPEX Spot Base in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Peak in Euro/MWh (EEX)****EPEX Spot Stundenverlauf in Euro/MWh (EEX)**

Strom Terminmarkt

Terminmarktpreise Base in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	04.09.26	German Power Oct-2026	149,68
M2	04.09.26	German Power Nov-2026	164,35
M3	04.09.26	German Power Dec-2026	160,10
Q1	04.09.26	German Power Q4-2026	157,97
Q2	04.09.26	German Power Q1-2027	154,46
Q3	04.09.26	German Power Q2-2027	102,61
Y1	04.09.26	German Power Cal-2027	120,92
Y2	04.09.26	German Power Cal-2028	94,89
Y3	04.09.26	German Power Cal-2029	84,36

Terminmarktpreise Peak in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	04.09.26	German Power Oct-2026	176,60
M2	04.09.26	German Power Nov-2026	208,92
M3	04.09.26	German Power Dec-2026	207,17
Q1	04.09.26	German Power Q4-2026	197,54
Q2	04.09.26	German Power Q1-2027	177,63
Q3	04.09.26	German Power Q2-2027	86,43
Y1	04.09.26	German Power Cal-2027	127,50
Y2	04.09.26	German Power Cal-2028	102,48
Y3	04.09.26	German Power Cal-2029	90,80

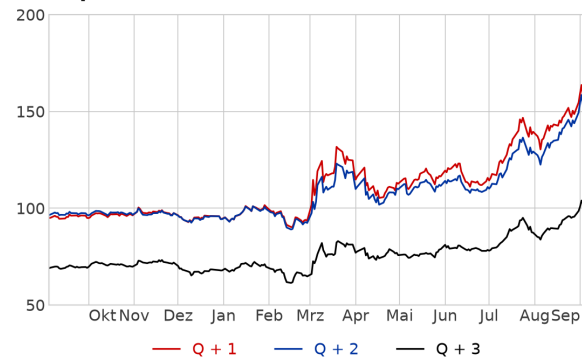
Frontmonate Base in Euro/MWh (EEX)



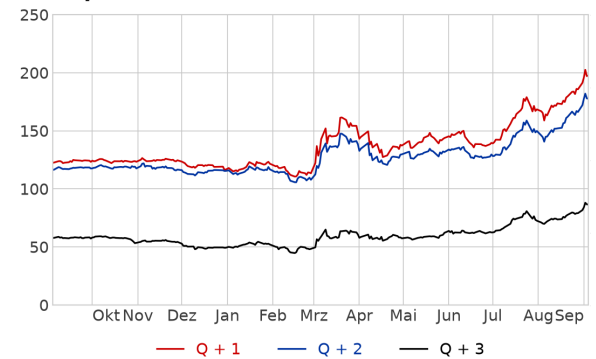
Frontmonate Peak in Euro/MWh (EEX)



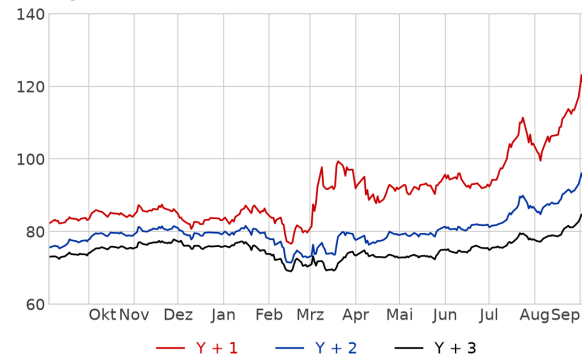
Frontquartale Base in Euro/MWh (EEX)



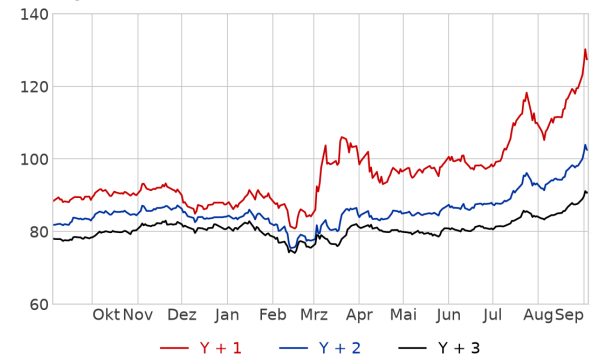
Frontquartale Peak in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Base in Euro/MWh (EEX)



Frontjahre Peak in Euro/MWh (EEX)



Gas Spot- und Terminmarkt

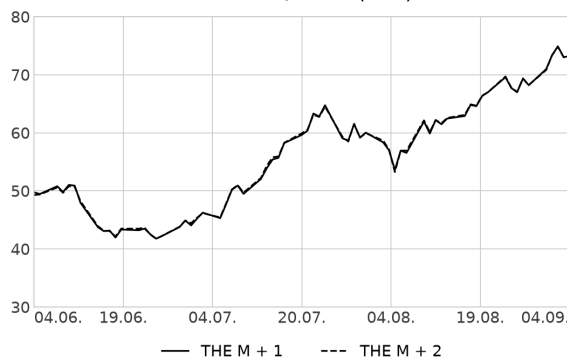
Terminmarktpreise THE in Euro/MWh (EEX)

	Handelstag	Kontrakt	Preis
M1	04.09.26	German THE Gas Oct-2026	73,22
M2	04.09.26	German THE Gas Nov-2026	73,30
Q1	04.09.26	German THE Gas Q4-2026	73,27
Q2	04.09.26	German THE Gas Q1-2027	71,31
S1	04.09.26	German THE Gas Win-2026	72,30
S2	04.09.26	German THE Gas Sum-2027	49,79
Y1	04.09.26	German THE Gas Cal-2027	54,52
Y2	04.09.26	German THE Gas Cal-2028	36,25

EEX Spot in Euro/MWh



Frontmonate THE in Euro/MWh (EEX)



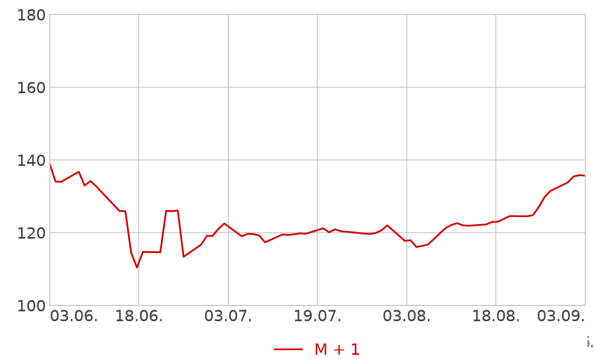
Frontjahre THE in Euro/MWh (EEX)



Strom, CO2, und Kohle

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
Germany Spot base	04.09.26	42,14	EUR/MWh
Germany Spot peak	04.09.26	9,65	EUR/MWh
EUA Oktober	04.09.26	83,63	EUR/tonne
Coal API2 Oktober 2026	03.09.26	135,70	USD/tonne

Frontmonat Kohle API2 in USD/t (ICE)



Gas und Öl

Kontrakt	Handelstag	akt. Kurs	Einheit
German THE Gas Day AI	04.09.26	72,32	EUR/MWh
German THE Gas Oct-20	04.09.26	73,22	EUR/MWh
German THE Gas Cal-20	04.09.26	54,52	EUR/MWh
Crude Oil Brent Jul-2026	04.09.26	96,28	USD/tonne

EUA in Euro/t (EEX)



E&M STELLENANZEIGEN



Geschäftsführer (m/w/d) Erneuerbare Energien

Geschäftsführer (m/w/d) für NaturEnergy & NaturStromProjekte. Führe die Energiewende strategisch ...
in Bamberg (+1 weiterer Standort)

06.08.2026

● Vorstand/Geschäftsführung



Gartenlandschaftsbauer (m/w/d)

Wir sind OBI. Als Team geben wir gemeinsam alles, um die kleinen und großen Projekte unserer Kund:i...
in Ottersberg

vor 2 h

● Ausbildung / Freie Mitarbeit ● Weiterbildung



Ingenieur (m/w/d) Energiewirtschaft (Ingenieur/in - Energietechnik)

MITNETZ STROM ist der größte regionale Verteilernetzbetreiber in Mitteldeutschland. Du suchst eine ...
in Taucha

vor 2 h



Ingenieur Elektrotechnik für die Prüfung von Sicherheitsstromversorgungen (w/m/d)

Innovationen bringen tiefgreifende Veränderungen mit sich und beeinflussen unser Leben in vielfältige...
in Filderstadt

vor 2 h

● Ausbildung ● Weiterbildung / Flexible Arbeitszeit



Straßenbauer*in / Tiefbaufacharbeiter*in / Garten- und Landschaftsbauer*in

View job here Straßenbauer*in / Tiefbaufacharbeiter*in / Garten- und Landschaftsbauer*in Vollzeit 22...
in Schenefeld

vor 2 h

● Festanstellung

WEITERE STELLEN GESUCHT? HIER GEHT ES ZUM E&M STELLENMARKT

IHRE E&M REDAKTION:

Stefan Sagmeister (Chefredakteur, CVD print, Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Energiehandel, Finanzierung, Consulting



Davina Spohn (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: IT, Solar, Elektromobilität



Günter Drewnitzky (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Erdgas, Biogas, Stadtwerke



Susanne Harmsen (Büro Berlin)
Schwerpunkte: Energiepolitik, Regulierung



Korrespondent Brüssel: **Tom Weingärnter**
 Korrespondent Wien: **Klaus Fischer**
 Korrespondent Zürich: **Marc Gusewski**
 Korrespondenten-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Ständige freie Mitarbeiter:

Volker Stephan

Manfred Fischer

Mitarbeiter-Kontakt: **Kerstin Bergen**



Fritz Wilhelm (stellvertretender Chefredakteur, Büro Frankfurt)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung



Georg Eble (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Windkraft, Vermarktung von EE



Heidi Roider (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: KWK, Geothermie

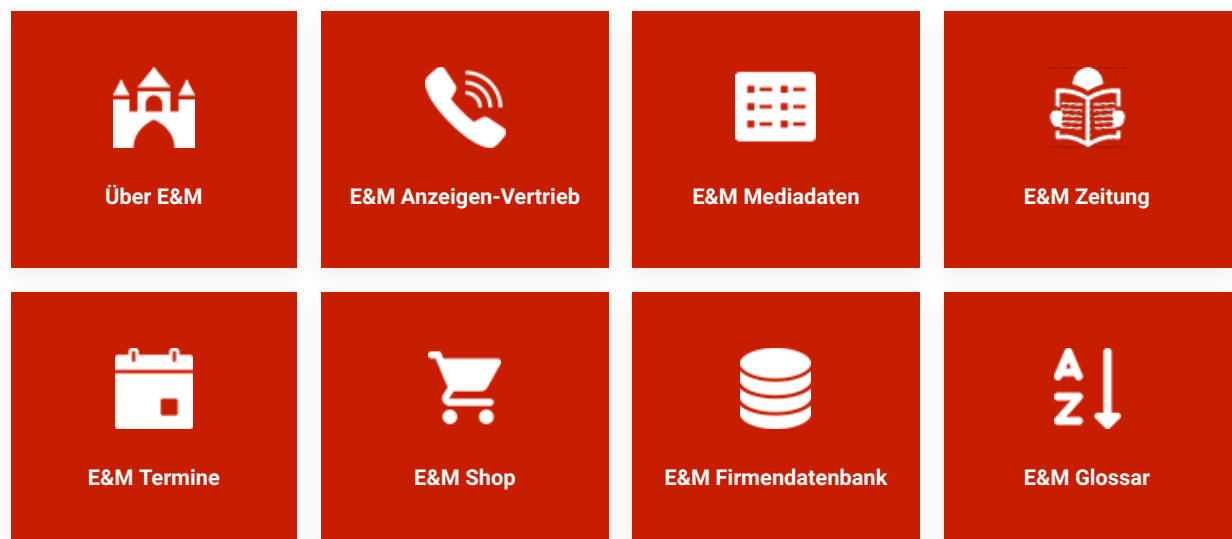


Katia Meyer-Tien (Büro Herrsching)
Schwerpunkte: Netze, IT, Regulierung, Stadtwerke



Darüber hinaus unterstützt eine Reihe von freien Journalisten die E&M Redaktion.
 Vielen Dank dafür!

Zudem nutzen wir Material der Deutschen Presseagentur und Daten von MBI Infosource.



IMPRESSUM

Energie & Management Verlagsgesellschaft mbH

Mühlfelder Str. 18 a - D-82211 Herrsching

Tel. +49 (0) 81 52/93 11 0 - Fax +49 (0) 81 52/93 11 22

info@emvg.de - www.energie-und-management.de**Geschäftsführer:** Martin Brückner**Registergericht:** Amtsgericht München**Registernummer:** HRB 105 345**Steuer-Nr.:** 117 125 51226**Umsatzsteuer-ID-Nr.:** DE 162 448 530

Wichtiger Hinweis: Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass die elektronisch zugesandte E&M daily nur von der/den Person/en gelesen und genutzt werden darf, die im powernews-Abonnementvertrag genannt ist/sind, bzw. ein Probeabonnement von E&M powernews hat/haben. Die Publikation - elektronisch oder gedruckt - ganz oder teilweise weiterzuleiten, zu verbreiten, Dritten zugänglich zu machen, zu vervielfältigen, zu bearbeiten oder zu übersetzen oder in irgendeiner Form zu publizieren, ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung durch die Energie & Management GmbH zulässig. Zuwiderhandlungen werden rechtlich verfolgt.

© 2026 by Energie & Management GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Gerne bieten wir Ihnen bei einem Nutzungs-Interesse mehrerer Personen attraktive Unternehmens-Pakete an!

Folgen Sie E&M auf:

